

«Diese Initiative ist ein Rückschritt»

Die Initiative «Für eine starke Volksschule» wird der Landsgemeinde ohne Gegenvorschlag im ablehnenden Sinn vorgelegt

Die Initiative «Für eine starke Volksschule» von Paul Bannwart, wurde im Grossen Rat regelrecht zerzaust. In einer mehr als eine Stunde dauernden Debatte plädierte kein einziges Ratsmitglied für Annahme, nicht einmal ein Gegenvorschlag wurde zu einem Thema. Alle Redner bezeichneten die Initiative inhaltlich als Rückschritt, die meisten sehr leidenschaftlich, nur einer äusserte wenigstens ein bisschen Verständnis für das eine oder andere Anliegen des Initianten.

Toni Dörig

«Zuerst müssen wir darüber entscheiden, ob die Initiative überhaupt gültig ist», erklärte Grossratspräsident Pius Federer. Als ungültig erklärt werden könnte das Volksbegehren, wenn es gegen höheres Recht, vor allem Bundes- oder Kantonsrecht verstösst. Das Büro des Grossen Rates ist zum Schluss gekommen, dass sie gültig sei. Das ist keineswegs selbstverständlich. Im Kanton St. Gallen wurde nämlich eine ähnliche Initiative für ungültig erklärt. Allerdings deckt sich das St. Galler Kantonsrecht nicht mit demjenigen Innerrhodens. Deshalb wurde in unserem Nachbarkanton die Auflistung der Fächer als unzulässig eingestuft. Und auch die Forderung, es in der Primarschule bei einer Fremdsprache zu belassen, reibt sich mit bestehenden St. Galler Abkommen. Im Gegensatz zu Innerrhoden ist St. Gallen dem Harmos-Konkordat beigetreten. Auf jeden Fall kam der Grosse Rat zum Schluss: Die Initiative ist gültig. Konkret soll damit die Einführung des Lehrplans 21 in Innerrhoden verhindert werden, erklärt Paul Bannwart.

Jahrgangsklassen sind üblich

Die Gültigkeitserklärung war aber eigentlich das einzige Positive, was der als Zuhörer im Ratssaal anwesende Initiant Paul Bannwart über sein Begehren zu hören bekam. Bereits das Einführungsreferat von Erziehungsdirektor Roland Inauen war überdurchschnittlich ausführlich. Die Initiative lasse sich in zwei Punkte einteilen. Im ersten wird gefordert, dass der Schulunterricht grundsätzlich in geführten Jahrgangsklassen erteilt wird. Ausnahmen seien nur in zwingenden Fällen zulässig. Nun sind in Innerrhoden Jahrgangsklassen bereits üblich, aber Bannwarts Formulierung sei viel zu starr. Sie würde zum Beispiel bewirken, dass alle Innerrhoder Land-

schulen (mit zwei oder mehr Jahrgängen pro Klasse) nur mit einer Ausnahmebewilligung weitergeführt werden dürften.

Fakultatives Referendum für Lehrpläne

Im zweiten Punkt geht es um die Lehrpläne. Diese werden von Bannwart in seinem ausformulierten Initiativbegehren explizit aufgelistet. Auch hier sind die Differenzen zum Jetzt-Zustand nicht auf den ersten Blick gravierend. Aber wiederum ist die vorgeschlagene Formulierung eindeutig zu unflexibel. Ein umfassender Unterricht erfordert zum Beispiel, dass Fächer zusammengezogen werden. «Bannwarts Fächerliste wäre gegenüber heute ein Rückschritt», erklärte Roland Inauen. Überhaupt kein gutes Haar wurde am Vorschlag gelassen, dass die Lehrpläne in Zukunft vom Grossen Rat festgelegt werden sollen. Ein Fachgremium wie die Landesschulkommission sei dafür weitaus geeigneter als ein politisches Gremium. Wegfallen würde auch das Anhörungsrecht der Lehrer. Und dass der Lehrplan auch noch dem fakultativen Referendum unterstellt werden soll, stiess nicht nur auf rechtliche Bedenken, auch die praktische Umsetzung erscheint durchaus als fragwürdig.

Dem Bund zuvorkommen

Zu Bannwarts Angriff gegen den Lehrplan 21 erklärte Inauen: «Für das Schulwesen sind die Kantone zuständig. Wenn aber keine gegenseitige Harmonisierung zustande kommt – so dass zum Beispiel ein Schulkind einigermaßen problemlos die Schule wechseln kann – behält sich der Bund vor, entsprechende Vorschriften zu erlassen. Dieses Recht hat ihm das Volk mit grossem Mehr zugesprochen.» Unter diesem Druck haben die Kantone die Harmonisierung an die Hand genommen. Der Lehrplan 21 soll dazu einen Beitrag leisten. Jedes Kind soll nach den obligatorischen Schuljahren fähig sein, weiterführende Schulen besuchen zu können. Das ist für Innerrhoden ganz besonders wichtig, weil diese weiterführenden Schulen allesamt ausserhalb des Kantons liegen, wie Herbert Wyss, Präsident der Kommission für Bildung betonte. Roland Inauen versprach auch, dass Innerrhoden sicher kein altersdurchmisches Lernen einführen werde, dass der Kanton am Kindergarten festhält und dass die erste Landessprache weiterhin an die Oberstufe verwiesen werde.

Auswendiglernen nützt nichts

All die vorgebrachten Bedenken wurden von den nachfolgenden Rednern geteilt und zum Teil ergänzt. Vreni Kölbener, Rüte, zum Beispiel konnte über einige



An seiner Initiative wurde kein gutes Haar gelassen: Paul Bannwart. (Bilder: Rolf Rechsteiner)

Forderungen in der Initiative nur den Kopf schütteln. Es handle sich vielfach um Vergangenheitsromantik. «Aber früher war auch nicht alles gut. Und was ist falsch daran, wenn Schüler selber denken lernen?» Thomas Mainberger, Schwende, wies daraufhin, dass der Lehrplan als Grundlage auch zur Ausarbeitung der Lehrmittel dient. «Er ist das Gerüst, das Fleisch am Knochen stammt jedoch vom Lehrer.» Ruth Corminboeuf, Appenzell, störte sich daran, dass man die Lehrpläne dem Grossen Rat, der dafür über gar keine Fachkompetenz verfügt, übertragen will: «Wir sind ein politisches Gremium!» Und Daniel Inauen, Rüte, hielt es für falsch, dass die Initiative auf reines Wissen setzt und die Bedeutung von Kompetenz unterschätzt. «Die Kinder müssen doch lernen, wie sie

ihr Wissen anwenden können. Blosses Auswendiglernen nützt doch gar nichts!»

Mitbestimmung der Bevölkerung

Josef Manser, Gonten, war eigentlich der einzige, der etwas Verständnis für die Initiative aufbrachte. Der Grund für die Opposition gegen den Lehrplan liege doch in unserer Gesellschaft. «Man hört vielfach von Schulabgängern, dass sie keinen richtigen Satz schreiben können und dass ihre Kenntnisse in Mathematik mangelhaft sind!» Ich bin für Mitbestimmung der Bevölkerung und hätte mir zum Beispiel auch eine Diskussion gewünscht, bevor in Innerrhoden der Englisch-Unterricht eingeführt wurde. Trotzdem weiss ich, dass die Initiative nicht der richtige Weg ist.»

«Nur nicht unterschätzen!»

Franz Fässler, Appenzell, warnte: «Wir sind alle gegen die Initiative. Wir sollten die Vorlage aber nicht unterschätzen. Gute Redner an der Landsgemeinde können viel bewirken, das hat man letztes Jahr bei der Hallenbad-Abstimmung gesehen.» Und Angela Koller, Rüte, wies daraufhin, dass die Unterstellung des Lehrplans unter das fakultative Referendum wohl eine Verfassungsrevision notwendig machen würde. Ueli Manser empfahl ganz allgemein, die Freiheiten, welche beim Schulunterricht bestehen, auch weiterhin zu nutzen. Die Initiative «Für eine starke Volksschule» von Paul Bannwart wird der Landsgemeinde im ablehnenden Sinn vorgelegt. Auf einen Gegenvorschlag wird ebenso verzichtet wie auf eine zweite Lesung.



Auch er setzte sich für eine starke Volksschule in Appenzell Innerrhoden ein: Roland Inauen.